

## Antrag

### der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **40 Jahre Elysée-Vertrag – die deutsch-französische Zusammenarbeit fortentwickeln und in gemeinsamer Verantwortung für Europa die Zukunft mitgestalten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

#### Deutsch-französische Aussöhnung

Der 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages, der am 22. Januar 1963 von Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeichnet wurde, gibt Anlass, Bilanz zu ziehen und den Blick auf die Zukunft zu richten. Der deutsch-französische Vertrag steht am Anfang einer Phase der „organisierten Zusammenarbeit“. Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) wird zu einem unverzichtbaren Feld interkulturellen Lernens auf zivilgesellschaftlicher Ebene, die deutsch-französischen Gipfeltreffen stellen einen Konsultationsmechanismus dar, wie er zwischen anderen Ländern nicht zur Verfügung stand.

Der Elysée-Vertrag bildete den Kristallisationspunkt des gemeinsamen Willens, nach den Schrecken des Krieges den feindlichen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich zu überwinden, um zu einem dauerhaften Frieden auf dem Kontinent beizutragen. Dazu musste das konfliktbeladene deutsch-französische Verhältnis in eine konstruktive Zusammenarbeit umgewandelt werden: eine wahrhaft historische Leistung! Mit dem Elysée-Vertrag wurde ein beispielloser Prozess der Verständigung und Aussöhnung und der bilateralen Kooperation zwischen beiden Staaten und Völkern eingeleitet. Durch die Annäherung der beiden Gesellschaften und die enge Kooperation auf Regierungsebene konnten alte Gegensätze überwunden und eine neue Kultur des Zusammenlebens und der Partnerschaft entwickelt werden.

Die deutsch-französische Aussöhnung war von Anfang an eingebettet in den europäischen Integrationsprozess. Das Bewusstsein, aus den Belastungen der gemeinsamen Geschichte heraus eine besondere Verantwortung in und für Europa zu tragen, wurde zum Fundament und Motor der europäischen Einigung. Das Erfolgsrezept der deutsch-französischen Partnerschaft ist die Respektierung der nationalen Identität und unterschiedlicher Interessen verbunden mit der Erkenntnis, dass diese Unterschiede Kompromisse für gemeinsames Handeln erfordern. Die Fähigkeit und Bereitschaft zum Interessenausgleich macht den Vorbildcharakter des deutsch-französischen Verhältnisses aus. Auch wenn die Ausgangspositionen der deutschen und der französischen Seite teilweise auseinander liegen, gelingt es immer wieder, einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Daher hat die Zusammenarbeit beider Länder eine Schlüsselrolle für den Fortgang der europäischen Integration erhalten, die es auch anderen Mitgliedstaaten erleichtert, sich den Kompromissen anzuschließen.

Die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich hatte nie exklusiven Charakter, sondern war von Anfang an darauf angelegt, offen für andere Partnerstaaten zu sein. Beispielhaft dafür ist die Einbeziehung Polens in die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“.

#### Bilanz und Perspektiven der Zusammenarbeit

##### Kultur und Zivilgesellschaft

Getragen wird diese Zusammenarbeit auf Regierungsebene von Anfang an durch die Unterstützung der Menschen in beiden Ländern. Die umfangreichen und vielfältigen Programme zur Förderung von Begegnungen, Austausch, Kultur und Sprachkenntnissen haben zu mehr gegenseitigem Verständnis und zum Zusammenwachsen der Zivilgesellschaften beigetragen. Insbesondere durch das Deutsch-Französische Jugendwerk ist es gelungen, die junge Generation beider Länder zu erreichen und das Interesse am jeweiligen Nachbarn jenseits des Rheins zu wecken. Millionen von Jugendlichen nahmen in den 40 Jahren an den Programmen teil. Nach Vollendung der Deutschen Einheit ist durch die schnelle und umfassende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands in den deutsch-französischen Austausch ein besonderer Beitrag für die Verständigung der Menschen geleistet worden. Die erfolgreiche Verbindung der Staaten und die Verbundenheit der Menschen beider Länder bedingen sich gegenseitig.

Aus diesen Erfahrungen erwächst die Erkenntnis, dass ein bleibender Erfolg der Verständigung in Europa die Einbeziehung der Kultur und des Alltags der Menschen und eine umfassende Information voraussetzt. Damit dies der gesamten Europäischen Union zugute kommt, ist auch in diesem Bereich das Anliegen nicht exklusiv, sondern darauf angelegt, die europäischen Partner einzubeziehen. Die diesbezüglichen deutsch-französischen Initiativen zielen deshalb auf die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit im Bereich der Medien und auf die europaweite Förderung der Kenntnisse der deutschen und der französischen Sprache. Diese Intention spiegelt sich in dem breiten Spektrum von deutsch-französischen Gymnasien, über vielfältige Austauschprogramme bis zum europäischen Kulturkanal Arte wider und zeigt sich ganz besonders in den zahlreichen Kommunalpartnerschaften.

##### Regierungszusammenarbeit

Die halbjährlichen Konsultationen der Regierungen auf unterschiedlicher Ebene wurden anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages mit der Gründung eines deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrates sowie eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates, der auch zu ersten Schritten einer militärischen Kooperation führte, institutionalisiert. Die enge Abstimmung über das gemeinsame politische Handeln der beiden Regierungen ist von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatspräsident Jacques Chirac intensiviert worden. Die Anfang 2001 eingeleiteten informellen Gespräche zwischen Staatspräsident, Bundeskanzler und den Außenministern ergänzen die offiziellen Konsultationen. Die Felder der Kooperation wurden, ausgehend von der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik, auf immer weitere Bereiche ausgedehnt.

##### Europäische Integration

Die deutsch-französische Partnerschaft ist eine lebendige Beziehung. Ihr besonderer Charakter hat sich im Prozess des Umgangs mit europäischen und internationalen Herausforderungen herausgebildet und bewährt. Deutschland und Frankreich hatten immer wieder entscheidenden Anteil an der Verwirk-

lichung zentraler Integrationsprojekte. Durch den gemeinsamen Willen zur Kooperation haben die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich den Europäischen Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion entscheidend vorangebracht. Auch hier war die Fähigkeit zum Kompromiss und zum Interessenausgleich zwischen beiden Ländern ausschlaggebend für die erfolgreiche Umsetzung. Die beiden Regierungen haben diese Fähigkeit in der Schlussphase der Erweiterungsverhandlungen erneut unter Beweis gestellt. Erst der deutsch-französische Agrarkompromiss und die damit verbundene Lösung der Finanzierungsfragen haben den Weg für die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der Europäischen Union endgültig freigemacht.

Angesichts des fortschreitenden Integrationsprozesses, der weltweiten Herausforderungen und der Erweiterung liegt es nahe, dass die Europäische Union eine größere Verantwortung für eine soziale und ökologische Gestaltung des Globalisierungsprozesses und für Frieden, Stabilität und Sicherheit übernimmt. Neue Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und die Entwicklung rechtsfreier Räume erfordern politische Anpassungen, um den Risiken für innere und äußere Sicherheit in Europa angemessen zu begegnen.

#### Zukunft Europas

Die historische Erweiterung und die damit verbundene Perspektive eines friedlich vereinten Europas stellen hohe Anforderungen an die künftige Gestaltungskraft europäischer Politik.

Ziel muss eine Europäische Union sein, die auch im Kreise von 27 und mehr Mitgliedstaaten auf Dauer demokratisch, handlungsfähig, bürgernah, transparent und solidarisch ist. Im Rahmen des Europäischen Konvents und der anschließenden Regierungskonferenz kommt es jetzt darauf an, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen. Deutschland und Frankreich setzen sich für den Erfolg des Konvents und die weitere Vertiefung der Europäischen Union ein. In den Beratungen des Europäischen Konvents, die jetzt in ihre entscheidende Phase eintreten, sind aber weitere deutsch-französische Impulse nötig, um das Ziel einer Europäischen Verfassung zu verwirklichen.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung und Verstärkung des internationalen Wettbewerbs unterstreichen die Einführung des Euro und der Beitritt neuer Mitglieder die Notwendigkeit, die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in Europa, vor allem in der Eurozone zu stärken. Deutschland und Frankreich haben dazu im Dezember 2002 gemeinsame Vorschläge zur Stärkung des Zusammenhalts in der Eurozone, zur verbesserten Koordinierung der Wirtschaftspolitik und zur Vollendung des Binnenmarktes durch die Herstellung einer echten Konvergenz vorgestellt. Außerdem regen sie eine einheitliche Vertretung der EU in den internationalen Finanzorganisationen an, die als Stimme eines integrierten Europas angemessen wäre. Die engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der EU soll das Wirtschaftswachstum fördern und Europa in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein größeres Gewicht verleihen. Der durch das einheitliche Auftreten der EU gestärkte Einfluss muss genutzt werden, um Besonderheiten Europas zu sichern und zu fördern, wie etwa aktuell im Rahmen der GATS-Verhandlungen die Wahrung der kulturellen Diversität Europas ein Ziel sein muss.

Deutschland und Frankreich sind auch mit Vorschlägen zur Vollendung eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts initiativ geworden. Die beiden Länder schlagen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und zur Kriminalitätsbekämpfung u. a. die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft, einer europäischen Grenzpolizei und eines einheitlichen Justizraumes, die Stärkung von EUROPOL, die Harmonisierung des

materiellen Strafrechts sowie der Asyl- und Einwanderungspolitik vor. Aber auch Fragen einer weiteren Annäherung in zivilrechtlichen Bereichen, wie z. B. im Familienrecht, stehen auf der Agenda.

Frankreich und Deutschland sind sich ihrer besonderen Verantwortung für die Fortentwicklung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) bewusst und haben entsprechende Initiativen ergriffen. Deutschland und Frankreich wollen sich darauf verständigen, im Rahmen der GASP in allen internationalen Organisationen gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten und abgestimmte Strategien gegenüber Drittländern zu entwickeln.

In der Erklärung von Schwerin vom Juli 2002 kündigten beide Länder an, eine gemeinsame Analyse der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zu erstellen und im Rahmen des deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsausschusses gemeinsame Konzepte zu erarbeiten. Dieser Ankündigung folgten im November 2002 die deutsch-französischen Vorschläge an den Konvent. Darin wird die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU), die Möglichkeit zur verstärkten Zusammenarbeit auch im Rahmen der ESVP sowie die Entwicklung einer europäischen Rüstungspolitik, einschließlich des Aufbaus einer europäischen Rüstungsagentur sowie die Stärkung der militärischen Fähigkeiten gefordert. Parallel dazu müssen die Fähigkeiten der EU zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung gestärkt werden.

Mit ihren bisherigen Initiativen untermauern Deutschland und Frankreich ihren Willen und ihren Anspruch, weiterhin Motor des europäischen Integrationsprozesses zu sein.

Insbesondere mit Blick auf die zu lösenden institutionellen Fragen setzt der Deutsche Bundestag große Erwartungen in ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen. Er ermutigt die Bundesregierung, gemeinsam mit der französischen Regierung geeignete Initiativen zu ergreifen und im Konvent sowie im Kreise der Mitgliedstaaten und EU-Institutionen dafür zu werben.

Seinerseits sieht sich der Deutsche Bundestag verpflichtet, gemeinsam mit der Französischen Nationalversammlung über die zukünftige Gestalt der Europäischen Union zu beraten. Er begrüßt daher, dass mit dem Zusammentreffen des Deutschen Bundestages und der Französischen Nationalversammlung am 22. Januar 2003 und den Erklärungen zum 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages eine neue Qualität der parlamentarischen Dimension im deutsch-französischen Verhältnis erreicht wird.

Das anstehende Zukunftsprojekt der Vollendung der Einigung Europas durch Erweiterung und Vertiefung ist von historischer Dimension; diese erfolgreich zu bewältigen, wird die deutsch-französische Partnerschaft in einem nie gekannten Ausmaß fordern. Die Erfahrungen der jahrzehntelangen Zusammenarbeit und die Beschlüsse der beiden Regierungen und Parlamente zur weiteren Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages stimmen zuversichtlich, dass gemeinsame Antworten auf die neuen Aufgaben und Herausforderungen gefunden werden.

Berlin, den 14. Januar 2003

**Franz Müntefering und Fraktion**

**Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**